



Schnitt A-B M. 1:200

# "In der Hohl"

Gemeinde Kassel

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (B.BauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 361) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 25. 2. 1969 beschlossen.  
Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Kassel durch die Kreisplanungsstelle St. Wendel.

Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich  
2. Art der baulichen Nutzung  
3. Maß der baulichen Nutzung  
4. Bauweise  
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche  
6. Stellung der baulichen Anlagen  
7. Mindestgröße der Baugrundstücke  
8. Höhenlage der baulichen Anlagen  
9. Flächen für überbaute Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken  
10. Flächen für nicht überbaute Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken  
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf  
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienkernen vorgesehene Flächen  
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist.  
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung  
15. Verkehrsflächen  
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen  
17. Versorgungsflächen  
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen unterirdischen  
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen  
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Bauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe  
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen  
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft  
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erachtelungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen  
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen  
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit erforderlich sind  
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung  
27. Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern  
28. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

laut Plan

Allgemeines Wohngebiet  
Bau-Nr. 14 (2)  
Bau-Nr. 14 (3)

laut Plan

laut Plan

laut Plan

offene, Einzelhäuser

laut Plan

laut Plan

laut Regelsatz

gemäß § 23 Abs. 5 Bau-Nr. 10

entfällt

entfällt

gesamter Geltungsbereich

entfällt

entfällt

entfällt

laut Plan

laut Plan

laut Plan

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

entfällt

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 B.BauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 273)

entfällt

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 B.BauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 273)

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 B.BauG

1. Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind  
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherheitsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind  
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht  
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralen bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 B.BauG

entfällt

entfällt

Planzeichen - Erläuterung

- |  |                              |
|--|------------------------------|
|  | Geltungsbereich              |
|  | Bestehende Gebäude           |
|  | Geplante Gebäude             |
|  | Bestehende Straßen           |
|  | Geplante Straßen             |
|  | Bestehende Grundstücksgrenze |
|  | Geplante Grundstücksgrenze   |
|  | Baugrenze                    |
|  | Entwässerungsrichtung        |
|  | Garage                       |
|  | Geschosshöhe                 |
|  | Grundflächenzahl             |
|  | Geschosflächenzahl           |

Die Festsetzung gemäß § 31 Abs. 1 B.BauG, die vordere Baugrenze ist mit nachfolgenden Festsetzungen: Vorstülpung von max. 0,75m vor die Baugrenze sind gestattet. Rückstülpung von max. 2,00m hinter die Baugrenze sind gestattet, wenn mindestens 3/5 der Gesamtbaugrenze an die Baugrenze zu decken kommt.

Der Bebauungsplan ist gemäß § 2 Abs. 6 B.BauG ausgelegt von ... 22.4. ... bis zum 22.4.1969.

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 B.BauG als Satzung vom Gemeinderat am 25.2.1969 beschlossen.

Kassel, den 2. Juni 1969  
Der Bürgermeister  
Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 B.BauG genehmigt.

SAARLAND  
Der Minister des Innern  
- Oberste Landesbaubehörde -  
in Auftrag  
17-7-292/1169  
Diplom-Ingenieur  
Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 B.BauG wurde am 22.10.1969 ordentlich bekanntgemacht.

Kassel, den 22.10.69

Der Bürgermeister  
Kassel

DER LANDRAT DES KREISES ST. WENDEL					
KREISBAUAMT - PLANUNG					
BETR.: BEBAUUNGSPLAN "IN DER HOHL" GEMEINDE KASSEL					M. 1:500
DAT.	NAME	DAT.	NAME	PLAN-NR.	
GEZ.	15.4.1969	KREIS- OBER- BAURAT	16.4.69		
ABT. LEIT.	16.6.69				